

21.11.2013

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksachen 16/3800 und 16/4300 (Ergänzung) -

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Einzelplan 09 - Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

Berichterstatter

Abgeordneter Ralf Witzel

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 09 wird in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen.

Datum des Originals: 21.11.2013/Ausgegeben: 25.11.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Beratungsergebnis der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 09 wurde vom

- Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr Vorlage 16/1386

beraten. Zu den Beratungen wurde mit der Vorlage 16/1066 der Erläuterungsband zum Einzelplan 09, mit der Vorlage 16/1289 der Entwurf eines Bauprogramms 2014 für die Landesstraßen (Kapitel 09 150, Titel 777 13) vorgelegt.

Der Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr hat den Einzelplan 09 in seiner Sitzung am 20. November 2013 abschließend beraten und abgestimmt. Der Einzelplan 09 wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP sowie der PIRATEN-Fraktion unverändert angenommen. Änderungsanträge lagen dort zur Abstimmung vor. Das Abstimmungsverhalten ergibt sich aus der Vorlage 16/1386. In diesem Fachausschuss wurden zwei Änderungsanträge durch die Fraktion der PIRATEN gestellt, die – nach mehrheitlicher Ablehnung dort - im Haushalts- und Finanzausschuss nicht erneut zur Abstimmung vorgelegt wurden.

B Beratungsergebnisse der Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses

Die Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses haben sich mit dem Entwurf des Einzelplans 09 befasst. Das Ergebnis der Beratungen ergibt sich aus der Vorlage 16/1267.

C Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das für alle Einzelpläne zusammengefasste Ergebnis der Beratungen des Personaletats im Unterausschuss "Personal" ist der Vorlage 16/1370 zu entnehmen. Änderungsanträge lagen dort nicht vor. Der Einzelplan 09 wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP sowie der PIRATEN unverändert angenommen.

Der Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ hat sich mit dem Landesbetrieb Straßen NRW, Kapitel 09 150, Straßen- und Brückenbau, in seiner Sitzung am 13. November 2013 befasst. Änderungsanträge lagen dort nicht vor. Der Zuständigkeitsbereich des Unterausschusses wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN-Fraktion unverändert angenommen. Hierzu wird im Übrigen auf die Vorlage 16/1371 verwiesen.

Die Beratungen zu diesem Bereich des Haushalts im Haushalts- und Finanzausschuss sind in dem Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2014 - Drucksache 16/4400 - dargestellt.

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 16/4420 - zu entnehmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 21. November 2013 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 09 befasst. Dort lagen 5 Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen, 16 Änderungsanträge der CDU-Fraktion sowie zwei Änderungsanträge der PIRATEN-Fraktion zur Abstimmung vor. Die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen wurden mehrheitlich angenommen, die übrigen Änderungsanträge mehrheitlich abgelehnt. Das Abstimmungsverhalten ergibt sich aus dem Anhang.

D GesamtAbstimmung

In der GesamtAbstimmung wurde der so veränderte Entwurf des Einzelplans 09 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP bei Enthaltung der PIRATEN-Fraktion **angenommen**.

Christian Möbius
Vorsitzender

Anhang: 5 Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und GRÜNEN
16 Änderungsanträge der CDU-Fraktion
2 Änderungsanträge der PIRATEN-Fraktion

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministeriums
Änderungen in den Haushaltsansätzen

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
2	CDU	<p>Kapitel 09 020 Allgemeine Bewilligungen 526 01 Sachverständige</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%;">2013</td> </tr> <tr> <td>von 2.573.600 Euro</td> <td>48.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 573.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Es braucht weniger Untersuchungen durch Sachverständige. Es gibt kein Erkenntnisproblem, sondern ein Handlungsproblem. Vor dem Hintergrund der allgemein anerkannten Notwendigkeit zum sparsamen Umgang mit Steuergeld ist eine Reduzierung des Ansatzes erforderlich.</p>	2014	2013	von 2.573.600 Euro	48.600 Euro	um 2.000.000 Euro		auf 573.600 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014	2013																				
von 2.573.600 Euro	48.600 Euro																				
um 2.000.000 Euro																					
auf 573.600 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
4	CDU	<p>Kapitel 09 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 547 10 Ausgaben für Leistungen des Landesbetriebes IT.NRW</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von 1.601.700 Euro</td> <td style="text-align: right;">120.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.501.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Vor dem Hintergrund der allgemein anerkannten Notwendigkeit zum sparsamen Umgang mit Steuergeld ist eine Reduzierung des Ansatzes erforderlich.</p>	2014	2013	von 1.601.700 Euro	120.700 Euro	um 100.000 Euro		auf 1.501.700 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
2014	2013																				
von 1.601.700 Euro	120.700 Euro																				
um 100.000 Euro																					
auf 1.501.700 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	Enth.																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
5	CDU	<p>Kapitel 09 050 Förderung des Wohnungsbaus Titelgruppe 70 Bundesmittel - Wohnungsbau Titel 883 70 Zuweisung von bei Titel 331 70 vereinnahmten Bundesmitteln für investive Maßnahmen zur Umstrukturierung von Wohnquartieren</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von 48.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">7.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 46.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 2.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die vom Bund zugewiesenen Mittel sind grundsätzlich für die soziale Wohnraumförderung zu verwenden. Daher werden die Bundesgelder fast ausschließlich der NRW.BANK zugewiesen. Nur in besonderen Ausnahmefällen können Zuschüsse gewährt werden. Für diese Ausnahmen reicht ein reduzierter Mittelansatz für 2014 aus. Grundsätzlich soll die NRW.BANK mit den Bundesmitteln Wohnraumförderung betreiben und keine Quartiersförderung.</p>	2014	2013	von 48.500.000 Euro	7.500.000 Euro	um 46.500.000 Euro		auf 2.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
2014	2013																				
von 48.500.000 Euro	7.500.000 Euro																				
um 46.500.000 Euro																					
auf 2.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	Enth.																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
6	CDU	<p>Kapitel 09 050 Förderung des Wohnungsbaus Titelgruppe 70 Bundesmittel - Wohnungsbau Titel 891 70 Zuweisung von bei Titel 331 70 vereinnahmten Bundesmitteln an die NRW.BANK</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%;">2013</td> </tr> <tr> <td>von 48.572.000 Euro</td> <td>89.572.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 46.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 95.072.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Durch den erhöhten Mittelansatz werden der NRW.BANK, die als Förderbank für die Abwicklung der sozialen Wohnraumförderung in NRW verantwortlich ist, mehr Mittel für die Wohnraumförderung in 2014 zugewiesen.</p>	2014	2013	von 48.572.000 Euro	89.572.000 Euro	um 46.500.000 Euro		auf 95.072.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
2014	2013																				
von 48.572.000 Euro	89.572.000 Euro																				
um 46.500.000 Euro																					
auf 95.072.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	Enth.																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
7	CDU	<p>Kapitel 09 100 Allgemeine Bewilligungen – Verkehr - Titelgruppe 62 Untersuchungen auf allen Gebieten der Verkehrsverwaltung</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%;">2013</td> </tr> <tr> <td>von 1.082.500 Euro</td> <td>1.782.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 800.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 282.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Es braucht weniger Untersuchungen. Es gibt kein Erkenntnisproblem, sondern ein Handlungsproblem. Außerdem reichte in 2011 für Untersuchungen auf allen Gebieten der Verkehrsverwaltung ein geringerer Mittelansatz aus. Vor dem Hintergrund der allgemein anerkannten Notwendigkeit zum sparsamen Umgang mit Steuergeld ist eine Reduzierung des Ansatzes erforderlich.</p>	2014	2013	von 1.082.500 Euro	1.782.500 Euro	um 800.000 Euro		auf 282.500 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
2014	2013																				
von 1.082.500 Euro	1.782.500 Euro																				
um 800.000 Euro																					
auf 282.500 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	Enth.																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 9
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
8	PIRATEN	<p>Kapitel 09 110 Titel 526 10 Titelbezeichnung ÖPNV-Gutachten</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2014 von 500.000 Euro um 200.000 Euro auf 700.000 Euro</p> <p>Begründung: Neben den im HH-Entwurf vorgesehenen (und seit Jahren stabilen) Ausgaben für die Erstellung von Untersuchungen und Gutachten zum ÖPNV soll in diesen HH-Titel die Finanzierung einer "Verkehrszentrale NRW" aufgenommen werden, die die Aufgabe hat, eine ständige begleitende wissenschaftliche Evaluation von Studien zu betreiben, eigene Studien in Absprache mit den Aufgabenträgern zu erstellen (bzw. erstellen zu lassen) und entscheidungsrelevante Informationen auf einem aktuellen Stand zu halten, um den Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen zusätzliche Informationen zur Verfügung zu stellen und sie zu beraten.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein GRÜNE nein FDP nein PIRATEN ja</p> <p>Votum des ABWSV (Sitzung 20.11.2013) Vorlage 16/1386</p> <p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein GRÜNE nein FDP nein PIRATEN ja</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
9	CDU	<p>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs</p> <p>Titelgruppe 60 Sozialticket</p> <p>Titel 633 60 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%;">2013</td> </tr> <tr> <td>von 30.000.000 Euro</td> <td>30.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 30.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Das sogenannte „Sozialticket“ ist eine rein konsumtive Ausgabe, die der Landeshaushalt nicht hergibt. Höhere Haushaltsansätze müssen insbesondere im investiven Bereich, insbesondere zur Ertüchtigung der Infrastruktur des Schienenpersonennahverkehrs, getätigt werden.</p> <p>Vor dem Hintergrund der allgemein anerkannten Notwendigkeit zum sparsamen Umgang mit Steuergeld ist die Aufrechterhaltung dieser Ausgabe nicht finanzierbar.</p>	2014	2013	von 30.000.000 Euro	30.000.000 Euro	um 30.000.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014	2013																				
von 30.000.000 Euro	30.000.000 Euro																				
um 30.000.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 9
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
10	PIRATEN	<p>Kapitel 09 140 Titel 883 17 Titelbezeichnung Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Vorhaben des Radwegebaus an kommunalen und überörtlichen Straßen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2014 von Euro um 5.000.000 Euro auf 5.000.000 Euro</p> <p>Begründung: Der Ausbau eines Radschnellwegenetzes innerhalb und zwischen Kommunen leistet einen wichtigen Beitrag, nachhaltige und vor allem schadstoffreduzierte Mobilität zu fördern. Der so formulierte Anspruch der Landesregierung braucht eine entsprechende Berücksichtigung im Haushalt, der bisher gänzlich fehlt. Die geforderten 5 Mio. Euro müssen dauerhaft bereitgestellt werden (und zahlen sich über verminderte Belastungen über den motorisierten Individualverkehr [MIV] mittel bis langfristige zurück).</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein GRÜNE nein FDP nein PIRATEN ja</p> <p>Votum des ABWSV (Sitzung 20.11.2013) Vorlage 16/1386</p> <p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein GRÜNE nein FDP nein PIRATEN ja</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs- ergebnis																														
11	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 09 150 Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW) Titel 777 11 Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"></td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2013</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">2014</td> <td></td> </tr> <tr> <td>von 87.055.500,- Euro</td> <td style="text-align: right;">85.055.500,- Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.944.500,- Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 90.000.000,- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Der Zustand der Landesstraßen und auch der landeseigenen Brückenbauwerke ist weiterhin Besorgnis erregend. Der Landesrechnungshof des Landes NRW hält für den Substanzerhalt des Landesstraßennetzes jährliche Investitionen von 100 Mio. Euro für erforderlich. Im Jahr 2012 mussten 14,5 Mio. Euro mehr Mittel, als im Haushalt veranschlagt, tatsächlich in Anspruch genommen werden (94.934.000 Euro). Dem Erhalt der Substanz der Straßen und Brücken ist Vorrang vor dem Neubau eingeräumt. Die Erhaltungsinvestitionen wirken präventiv, da verspätete Reparaturen deutlich kostenträchtiger sind, als frühzeitige Instandhaltungsmaßnahmen. Insofern ist der Haushaltsansatz zumindest stufenweise auf den erforderlichen Betrag zu erhöhen. Für 2014 sind insgesamt 90 Mio. € für den Erhalt der Landesstraßen einzustellen. Die zusätzlichen Mittel sollen überwiegend für die Instandhaltung von Brücken eingesetzt werden.</p>		Ansatz lt. HH 2013	2014		von 87.055.500,- Euro	85.055.500,- Euro	um 2.944.500,- Euro		auf 90.000.000,- Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p>Votum des ABWSV (Sitzung 20.11.2013) Vorlage 16/1386 angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	nein	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	nein
	Ansatz lt. HH 2013																																
2014																																	
von 87.055.500,- Euro	85.055.500,- Euro																																
um 2.944.500,- Euro																																	
auf 90.000.000,- Euro																																	
SPD	ja																																
CDU	nein																																
GRÜNE	ja																																
FDP	nein																																
PIRATEN	nein																																
SPD	ja																																
CDU	nein																																
GRÜNE	ja																																
FDP	nein																																
PIRATEN	nein																																

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
12	CDU	<p>Kapitel 09 150 Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW)</p> <p>Titel 777 13 Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2013</td> <td style="width: 50%;">2012</td> </tr> <tr> <td>von 42.000.000 Euro</td> <td>44.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 20.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 62.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Der angebliche Vorrang des „Erhalts vor Neubau“ ist nicht durch Kürzung der Neubaumittel zu erreichen. Eine Politik, die eine konstruktive Weiterentwicklung der Infrastruktur verfolgt, sieht den Bedarf insgesamt und verbessert daher die Mittelansätze sowohl für Neubau als auch für den Erhalt. Darüber hinaus ist vor dem Hintergrund des vielerorts schlechten Zustands der Brücken, die nicht mehr saniert werden können, eine entsprechende Erhöhung der Neubaumittel erforderlich.</p> <p>Als Gegenfinanzierung dient die Streichung der Mittelansätze für das Sozialticket um insgesamt 30 Millionen Euro.</p>	2013	2012	von 42.000.000 Euro	44.000.000 Euro	um 20.000.000 Euro		auf 62.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2013	2012																				
von 42.000.000 Euro	44.000.000 Euro																				
um 20.000.000 Euro																					
auf 62.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
im Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs- ergebnis																																
13	SPD Grüne	<p>Kapitel 09 150 Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW) Titelgruppe 777 14 Radwegebau an bestehenden Landesstraßen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 45%; text-align: center;">2014</td> <td style="width: 40%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>9.000.000,- Euro</td> <td>9.000.000,- Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>400.000,- Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>9.400.000,- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Die Mittel sind für den weiteren Baufortschritt von Radwegen notwendig.</p>		2014	Ansatz lt. HH 2013	von	9.000.000,- Euro	9.000.000,- Euro	um	400.000,- Euro		auf	9.400.000,- Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td style="text-align: right;">Enth.</td></tr> </table> <p><i>Votum des ABWSV Sitzung am 20. No- vember 2013 Vorlage 16/1386</i></p> <p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td style="text-align: right;">Enth.</td></tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
	2014	Ansatz lt. HH 2013																																	
von	9.000.000,- Euro	9.000.000,- Euro																																	
um	400.000,- Euro																																		
auf	9.400.000,- Euro																																		
SPD	ja																																		
CDU	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
FDP	nein																																		
PIRATEN	Enth.																																		
SPD	ja																																		
CDU	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
FDP	nein																																		
PIRATEN	Enth.																																		

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
14	CDU	<p>Kapitel 09 500 Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Freizeit Titel 537 00 Planung städtebaulicher Maßnahmen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%;">2013</td> </tr> <tr> <td>von 350.000 Euro</td> <td>350.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 350.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Das Land muss sich in Zeiten knapper Kassen keine eigene Städtebauplanung leisten. Vor dem Hintergrund der allgemein anerkannten Notwendigkeit zum sparsamen Umgang mit Steuergeld ist eine Reduzierung des Ansatzes erforderlich.</p>	2014	2013	von 350.000 Euro	350.000 Euro	um 350.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
2014	2013																				
von 350.000 Euro	350.000 Euro																				
um 350.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	Enth.																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
15	CDU	<p>Kapitel 09 500 Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Freizeit</p> <p>Titel 546 05 Entgelte an die NRW.BANK für die finanzielle Abwicklung bzw. Durchführung von Förderprogrammen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%;">2013</td> </tr> <tr> <td>von 150.000 Euro</td> <td>150.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 150.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Das Land kann in Zeiten knapper Kassen der eigenen Förderbank keine Entgelte für die Abwicklung von Förderprogrammen zahlen. Vor dem Hintergrund der allgemein anerkannten Notwendigkeit zum sparsamen Umgang mit Steuergeld ist eine Reduzierung des Ansatzes erforderlich.</p>	2014	2013	von 150.000 Euro	150.000 Euro	um 150.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014	2013																				
von 150.000 Euro	150.000 Euro																				
um 150.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 09
im Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																									
16	SPD GRÜNE	<p>09 500 Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Freizeit</p> <p>682 00 Zuschüsse für Ifd. Zwecke an öffentliche Unternehmen - Flächenpool NRW -</p> <p>Etatisierung eines Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2014</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.800.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.800.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> </table> <p>Der Haushaltsvermerk zu Nr. 3 wird gestrichen.</p> <p>Etatisierung einer Verpflichtungsermächtigung für 2015:</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">Von</td> <td style="width: 40%; text-align: right;">0 Euro</td> <td style="width: 40%;"></td> </tr> <tr> <td>Um</td> <td style="text-align: right;">1.800.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Auf</td> <td style="text-align: right;">1.800.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Der Flächenpool ist ein flächenpolitisches Instrument um kosteneffizient das Nachhaltigkeitsziel beim Flächenverbrauch zu erreichen. Für die Aufnahme des Regelbetriebes sind die Mittel erforderlich.</p>	2014		Ansatz lt. HH 2013	von	0 Euro		um	1.800.000 Euro		auf	1.800.000 Euro	0 Euro	Von	0 Euro		Um	1.800.000 Euro		Auf	1.800.000 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table> <p><i>Votum des ABWSV Sitzung am 20. November 2013 Vorlage 16/1386</i></p> <p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
2014		Ansatz lt. HH 2013																																										
von	0 Euro																																											
um	1.800.000 Euro																																											
auf	1.800.000 Euro	0 Euro																																										
Von	0 Euro																																											
Um	1.800.000 Euro																																											
Auf	1.800.000 Euro																																											
SPD	ja																																											
CDU	Enth.																																											
GRÜNE	ja																																											
FDP	nein																																											
PIRATEN	Enth.																																											
SPD	ja																																											
CDU	nein																																											
GRÜNE	ja																																											
FDP	nein																																											
PIRATEN	Enth.																																											

		Die aktive Flächenpolitik ist ein Kernelement der Städtebauförderung. Angesichts der Themen Konversion, endgültiger Kohlerückzug, neue Branchen durch Strukturwandel bei Industrie, Gewerbe, Einzelhandel, Freizeit und Wohnen muss das Land die Kommunen bei einer nachhaltigen und effizienten Flächenpolitik unterstützen.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
17	CDU	<p>Kapitel 09 500 Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Freizeit</p> <p>Titel 685 00 Zuschuss an die ILS gGmbH</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%;">2013</td> </tr> <tr> <td>von 4.000.000 Euro</td> <td>4.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 4.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Es gibt kein Erkenntnisproblem, sondern ein Handlungsproblem. Daher werden auch nicht mehr, sondern weniger Untersuchungen und Gutachten benötigt. Ein privates Institut muss außerdem nicht durch öffentliche Zuschüsse gefördert werden. Vor dem Hintergrund der allgemein anerkannten Notwendigkeit zum sparsamen Umgang mit Steuergeld ist eine Reduzierung des Ansatzes erforderlich.</p>	2014	2013	von 4.000.000 Euro	4.000.000 Euro	um 4.000.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
2014	2013																				
von 4.000.000 Euro	4.000.000 Euro																				
um 4.000.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	Enth.																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
18	CDU	<p>Kapitel 09 500 Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Freizeit</p> <p>Titel 821 10 Grundstücksfonds für den Erwerb und die Nutzbarmachung von Brachflächen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>Von 17.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">17.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 10.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 7.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>In Zeiten knapper Kassen muss der Grundstücksfonds einen Beitrag zur Konsolidierung leisten. Der Grundstücksbestand zum 31.12.2011 umfasste 547 ha. Diese müssen zuerst verwertet werden. Vor dem Hintergrund der allgemein anerkannten Notwendigkeit zum sparsamen Umgang mit Steuergeld ist eine Reduzierung des Ansatzes erforderlich.</p>	2014	2013	Von 17.500.000 Euro	17.500.000 Euro	um 10.000.000 Euro		auf 7.500.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
2014	2013																				
Von 17.500.000 Euro	17.500.000 Euro																				
um 10.000.000 Euro																					
auf 7.500.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	Enth.																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
19	CDU	<p>Kapitel 09 500 Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Freizeit</p> <p>Titelgruppe 60 Für Maßnahmen und Projekte der StadtBauKultur NRW</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%;">2013</td> </tr> <tr> <td>Von 1.549.000 Euro</td> <td>1.947.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 701.200 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 847.800 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Mittelkürzung führt den Ansatz auf die Höhe des Jahres 2011 zurück. Die Ausgaben sind v.a. für Dokumentationen, Untersuchungen und Veröffentlichungen vorgesehen. Es braucht jedoch weniger Untersuchungen. Es gibt kein Erkenntnisproblem, sondern ein Handlungsproblem. Vor dem Hintergrund der allgemein anerkannten Notwendigkeit zum sparsamen Umgang mit Steuergeld ist eine Reduzierung des Ansatzes erforderlich.</p>	2014	2013	Von 1.549.000 Euro	1.947.800 Euro	um 701.200 Euro		auf 847.800 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
2014	2013																				
Von 1.549.000 Euro	1.947.800 Euro																				
um 701.200 Euro																					
auf 847.800 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	Enth.																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																
21	CDU	<p>Kapitel 09 510 Denkmalpflege Titel 633 10 Sonstige Zuweisungen für bodendenkmal- pflegerische Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2014</td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;">2013</td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td>1.098.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">-</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1.098.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Zuwendungen für die Bodendenkmalpflege werden mit der Denkmalpflege in der Titelgruppe 60 zusammengeführt. Daher wird der Mittelansatz zurückgenommen.</p>	2014		2013		Von	1.098.000 Euro	-		um	1.098.000 Euro			auf	0 Euro			<p><i>Abstimmung entfällt nach Annahme des gegenläufigen Antrags Ifd. Nr. 20</i></p>
2014		2013																	
Von	1.098.000 Euro	-																	
um	1.098.000 Euro																		
auf	0 Euro																		

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
22	CDU	<p>Kapitel 09 510 Denkmalpflege Titelgruppe 60 Zuschüsse und Zuweisungen zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Denkmalschutzgesetzes (DSchG)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%;">2013</td> </tr> <tr> <td>Von 1.722.000 Euro</td> <td>9.353.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 9.631.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 11.353.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Der Denkmalschutz hat in Nordrhein-Westfalen Verfassungsrang. Mit den Kürzungen in der Denkmalpflege verstößt die Landesregierung nicht nur gegen die Verfassung. Vielmehr nimmt sie den Verfall und Verlust tausender Denkmäler zwischen Rhein und Weser in Kauf. Die Kürzungen sind ein Schlag ins Gesicht der Geschichte unseres Landes sowie des bürgerschaftlichen Engagements der vielen tausend Menschen, die sich ehrenamtlich im Denkmalschutz engagieren. Wer seine Zukunft nicht verlieren will, der pflegt seine. Daher werden die Mittelkürzungen in 2013 und 2014 zurückgenommen.</p>	2014	2013	Von 1.722.000 Euro	9.353.000 Euro	um 9.631.000 Euro		auf 11.353.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
2014	2013																				
Von 1.722.000 Euro	9.353.000 Euro																				
um 9.631.000 Euro																					
auf 11.353.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	Enth.																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 09
im Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

23	SPD Grüne	<p>Kapitel 09 510 Denkmalpflege TGr. 60 Zuschüsse und Zuweisungen zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Denkmalschutzgesetzes (DSchG)</p> <p>Titel 893 60 Zuschüsse zur Förderung privater und kirchlicher denkmalpflegerischer Maßnahmen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2013</td> </tr> <tr> <td style="vertical-align: top;"> von 771.000,- Euro um 1.178.000,- Euro auf 1.949.000,- Euro </td> <td style="vertical-align: top; text-align: center;"> 2.326.000,- Euro </td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Unter der Titelgruppe 60 werden nach Umstellung der Zuschussförderung auf Darlehensförderung im Bereich der Baudenkmalpflege insgesamt nur noch 1,7 Mio. Euro zur Abwicklung von bewilligten Baudenkmalfördermaßnahmen ausgewiesen. Die Deckung dieser Mittel soll einmalig aus Mitteln der Bodendenkmalpflege erfolgen, so dass ab 2014 keinerlei originäre Mittel mehr für eine Zuschussförderung für private oder kirchliche Baudenkmäler zur Verfügung stehen und keine Zuweisungen an die Gemeinden für (komplementär finanzierte) Denkmalschutzmaßnahmen mehr möglich sind.</p> <p>Das neue Darlehensförderprogramm der NRW.Bank ergänzt die bisherige Förderung des Landes NRW im Bereich des Baudenkmalsschutzes hervorragend. Soweit die Inhaber von insbesondere kleineren Baudenkmalen mit diesen keine bzw. äußerst geringe Erträge erwirtschaften und über keinen wirtschaftlichen Nutzen ihres Denkmals verfügen, erscheint eine Darlehensförderung nicht geeignet, die bisherige Zuschussförderung zu ersetzen.</p> <p>Es soll daher ein Mindestfördervolumen für die Zuschussförderung im Bereich des Denkmalschutzes erhalten bleiben und auch in Zukunft mit Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie durch Einzelzuschüsse an Private eine Förderung von Baudenkmalen erfolgen, die als nicht rentierlich angesehen werden müssen und nachweislich nicht auf eine Darlehensförderung verwiesen werden können. Hierzu sollen im Einvernehmen mit dem ABWSV eigene Förderbestimmungen festgelegt werden.</p>	2014	Ansatz lt. HH 2013	von 771.000,- Euro um 1.178.000,- Euro auf 1.949.000,- Euro	2.326.000,- Euro	<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td style="text-align: right;">Enth.</td></tr> </table> <p>Votum des ABWSV (Sitzung 20.11.2013) Vorlage 16/1386</p> <p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td style="text-align: right;">Enth.</td></tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
2014	Ansatz lt. HH 2013																										
von 771.000,- Euro um 1.178.000,- Euro auf 1.949.000,- Euro	2.326.000,- Euro																										
SPD	ja																										
CDU	nein																										
GRÜNE	ja																										
FDP	nein																										
PIRATEN	Enth.																										
SPD	ja																										
CDU	nein																										
GRÜNE	ja																										
FDP	nein																										
PIRATEN	Enth.																										

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2014

Einzelplan 09: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

Anlage: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Einzelplan 09: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr
Anlage: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: Ergänzung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
09 150	Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW)			
777 11	Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen	87.055.500	2.944.500	90.000.000
777 14	Radwegebau an bestehenden Landesstraßen	9.000.000	400.000	9.400.000
09 500	Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Freizeit			
682 00	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Unternehmen - Flächenpool NRW - <u>Der Haushaltsvermerk zu Nr. 3 wird gestrichen.</u> <u>neue Verpflichtungsermächtigung: 1.800.000 Euro</u>	0	1.800.000	1.800.000
09 510	Denkmalpflege			
633 10	Sonstige Zuweisungen für bodendenkmalpflegerische Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.098.000	902.000	2.000.000
TGr. 60	Zuschüsse und Zuweisungen zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Denkmalschutzgesetzes (DSchG)			
893 60	Zuschüsse zur Förderung privater und kirchlicher denkmalpflegerischer Maßnahmen	771.000	1.178.000	1.949.000
	<u>Abschluss Einzelplan 09:</u>			
	Einnahmen:	1.865.815.800	0	1.865.815.800
	Ausgaben:	3.080.582.400	7.224.500	3.087.806.900
	Verpflichtungsermächtigungen:	1.351.759.100	1.800.000	1.353.559.100